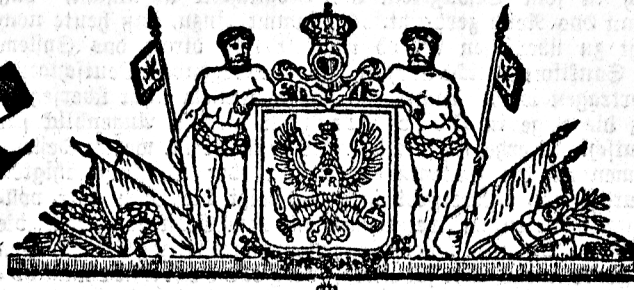


Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zelle 3 Mark und 66²/₃ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein, Chefredakteur Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eibau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Rönigshütte und Randzin in polnischer Hand

Korfanth Herr der Lage.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mg Breslau, 7. Mai.

Um 10 Uhr abends lief die Nachricht ein, daß nach Randzin auch Rönigshütte nach mehrstündiger Gegenwehr kapitulieren mußte. Damit sind zwei weitere wichtige Städte Oberschlesiens in die Hände der Polen gefallen. In einem Aufruf an seine Leute erklärt Korfanth, wie ich soeben erfahre, daß die Polen, soweit sie in den Gruben gearbeitet haben, den Streit am Montag beenden. Er will nur soviel Mann unter den Waffen behalten, wie weiter zur Umstellung noch nicht genommener Städte und Aufrechterhaltung seiner Diktatur auf dem Lande notwendig sind. Ein besseres Zeichen als dieses, daß die Polen vollständig Herren der Lage sind, gibt es nicht.

Die Polen räumen Rybnitz.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mg Breslau, 7. Mai.

Wie aus dem Aufruf des Groß-Steinhilber Kreisverwalters hervorgeht, haben die Polen erfolgreiche Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission geführt. Das Militärkommando der Aufständischen in der Umgebung von Rybnitz hat in deutscher und polnischer Sprache einen Aufruf angeschlagen lassen. Er lautet: Nachdem in einer gestrigen Konferenz mit der Interalliierten Kommission den berechtigten Forderungen der polnischen Bevölkerung Rechnung getragen worden ist, gibt die polnische Bevölkerung mit dem heutigen Tage die wirtschaftliche und politische Macht der Stadt Rybnitz an die I. A. R. vorläufig wieder zurück. Die polnischen Kampftruppen verlassen heute die Stadt und besetzen die Grenze der Stadt Rybnitz. Die Zivilbevölkerung wird darauf

aufmerksam gemacht, sich der Front um Rybnitz herum nicht ohne Ausweis zu nähern.

Die Statlerer hatten nach den letzten amtlichen Meldungen bei dem heutigen Nachtsturm auf Rybnitz 12 Tote und 71 Verwundete.

Beforgnisse in Prag.

rk Prag, 7. Mai.

Die Beforgnis der Tschecho-Slowakei wegen des Polenaufrufes in Oberschlesien nimmt in einem Maße zu, daß eine Intervention der Tschecho-Slowakei oder der Kleinen Entente in Paris nicht unwahrscheinlich ist. Die Regierung nimmt an, daß Korfanths Vorgehen nur ein Teil eines groß angelegten polnischen Annexionsplanes sei, der spätere Annexionsziele gegen Teschen, Karpaten-Rußland, Ostgalizien und Ostauen vorzieht.

Die heutige „Tribuna“ veröffentlicht ein Warschauer Telegramm, das diese Annahmen bereits als sicher darstellt. Es heißt darin: Auf Grund völlig glaubwürdiger Berichte kann festgestellt werden, daß das polnische Abenteuer von der Warschauer Regierung bei Teilnahme der verantwortlichen militärischen und politischen Führer inspiriert worden ist. Informationen polnischer Führer besagen, daß die Polen dem Obersten Räte durch den Aufruf Korfanths eine Warnung vor einer ungünstigen Regelung der Wilnaer Frage geben wollten.

Ein Beweis dafür, daß der Aufruf in Oberschlesien von der polnischen Regierung vorbereitet wurde, gibt der analoge Plan für Ostgalizien, wo Polen gleichfalls durch einen Putsch einen Widerstand gegen die Entscheidung des Obersten Rates vorbereiten. Zu diesem Zweck hat es eine eigene Armee mit dem beabsichtigten General Swankewicz an der Spitze aufgestellt.

Der General hat von Billigkeit die Erlaubnis erhalten, auf eigene Faust vorzugehen, wenn die Entscheidung über Ostgalizien für Polen ungünstig ausfallen sollte. Außerdem bestehen in ganz Ostgalizien polnische Nationalkomitees, denen durch das polnische Oberkommando eigene militärische Komiteemitglieder zugeteilt werden. (Siehe auch vierte Seite.)

Schwere Entscheidung.

Von
Georg Bernhardt.

Freitag, der dreizehnte! Für Obergläubige ohnehin das unheilvollste Datum. Für Deutschlands Schicksal diesmal der schwerste Entscheidungstag. Denn am 13. Mai läuft die kurze Frist ab, die die Entente für die Annahme ihres Ultimatus gestellt hat. Ungeachtet dessen, wozu das deutsche Volk sich entschließt, ob es die Forderungen der Alliierten annimmt oder ob es sie ablehnt, wird dieser Tag in der deutschen Geschichte als dies ater forleben. Die Erkenntnis, daß Annehmen und Ablehnen gleichermaßen schlimm, beides von schweren Folgen begleitet ist, regiert die Debatten der Parteien, die sich darüber schlüssig zu werden haben, welche Regelung während der verhängnisvollen Zeit vor dem Ablauf der Frist das Reich vertreten soll. Die Situation sieht heute derjenigen verwickelt ähnlich, die vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages bestanden hat. Ziemlich gleichlautend sind daher auch die Argumente, die heute für und gegen die Unterzeichnung ins Feld geführt werden.

Die Anhänger des schroffen Nein erklären, es sei ja doch egal, ob unterzeichnet werde oder nicht. Die Entente würde ihre Machtmittel sicher früher oder später anwenden, sobald sich die Gelegenheit finde, irgendeine Nichterfüllung aufzugreifen. Beim Versailler Vertrag sind diese von vaterländischer Sorge bewegten Pessimisten zunächst Elogen gekraft worden. Denn bis zur ersten „Sanktion“, der Besetzung Frankfurt am Main, ist eine recht erhebliche Zeit verstrichen, wenn das deutsche Volk sich überhaupt noch über die Fragen, die es jetzt diskutiert, verteidigen darf, so verdankt es das nicht zum wenigsten den Männern, die den Mut fanden, ihre Unterschrift trotz allen Gewissensbissen unter den Versailler Friedensvertrag zu setzen. Freilich fehlte den deutschen Politikern, die das Herz hatten zu unterschreiben, der Mut zur Konsequenz oder vielleicht gar vielfach die Einsicht in die Folgerungen, die sich aus der Tatsache der Unterschrift von selbst ergaben. Denn den Vertrag dem Volke zur Unterschrift empfehlen konnte nur der, der auch willens war, die durch die Unterschrift gewonnene Zeit darauf zu verwenden, alle Chancen, die das Dokument bot, so auszunutzen, daß aus der vereinbarten Art der Durchführung überhaupt die Erfüllbarkeit des nach dem Buchstaben zunächst Unerfüllbaren sich ergeben konnte. Dazu bot das weitmaßigste Vertragswerk insofern Gelegenheit, als es der deutschen Regierung unbenommen blieb, bis zum 1. Mai d. J. in den wesentlichsten materiellen Punkten andere Vorschläge zu machen, als der Vertrag festsetzte. Wer die deutschen Verhältnisse genau kennt, weiß, daß der Mangel an deutscher Initiative, der sich bemerkbar machte, wesentlich durch jene phantastische Depressivität zu erklären war, die die deutschen Politiker immer nur auf die Buchstaben der Paragraphen stieren ließ. Es gab nur ganz wenige Köpfe, die sich überhaupt Erfüllungsmöglichkeiten vorstellen konnten, und diese wenigen wurden in ihren Parteien als nicht ernst zu nehmende Phantasien verschrien.

Vielleicht wäre es diesen Männern leichter gewesen, ihre Ideen durchzusetzen, wenn weite Kreise der deutschen Bevölkerung nicht von der Meinung geleitet worden wären, das schwere Unrecht, das Deutschland angeht, müsse zunächst die ganze unbeteiligte Welt zum Schutze des Rechtes in die Schranken rufen und schließlich auch wenigstens einen Teil der Ententevölker dazu bringen, sich der wirklichen Ausführung des Versailler Friedens zu widersetzen. Die letzte Hoffnung ist endgültig dahin. Auch der Glaube an das Mitgefühl der neutralen Völker hat sich nicht erfüllt, denn Deutschlands Klage verhallt heute ungehört wie das Röcheln des Sterbenden in der Wüste. Und das gerade erklärt sich geschulter und mit allen Schwüngen der Volksseele verwirrt, aus dem Fehlen der deutschen Vorschläge, die die umwohnenden Völker vielleicht als beifälliger Chor mit ihren Kommentaren hätten begleiten können. Ein so agitatorisch geschulter und mit allen Schwüngen der Volksseele vertrauter Politiker wie Lloyd George hat nicht ohne Absicht in seiner vorgetragenen Parlamentsrede denjenigen Ausführungen einen sehr breiten Raum gewährt, in denen er die Möglichkeiten darlegte, die Deutschland zu neuen Vorschlägen auf Grund des Versailler Vertrages hatte, und die Möglichkeit, mit der diese Möglichkeiten ungenutzt blieben. Er weiß, daß hier der wunde Punkt in der Beurteilung Deutschlands in der Meinung des neutralen Europas ist. Und er weiß auch, daß in dieser Beurteilung durch die Neutralen die gefühlsmäßige Verschlechterung der Lage Deutschlands seit dem Versailler Vertrage liegt. Das führende Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, hat gestern im Anschluß an Betrachtungen über die Fehler, die die deutsche Delegation in London gemacht hat, das inhaltsschwere kritische Wort gesprochen, „die deutsche Führung war falsch“. Die Mängel dieser Führung lagen aber in viel weiterem Sinne noch, als die „Germania“ meint, darin, daß es der deutschen Politik nicht gelungen ist, die allgemeinen Sympathien, die das niedere

Die Kabinettskrise.

Vor Montag keine Entscheidung.

Botschafter Dr. Mayer hat gestern nachmittag dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß er den Auftrag zur Bildung des neuen Reichskabinetts nicht übernehmen könne. Der Reichspräsident hat Dr. Mayer ersucht, seinen ablehnenden Bescheid nicht als endgültig zu betrachten und jedenfalls bis Montag in Berlin zu bleiben und, wenn sich die Voraussetzungen ändern sollten, eventuell doch den Auftrag anzunehmen.

Damit ist jeder Versuch einer Lösung der Kabinettskrise bis zum Montag vertagt, gehen zwei Tage ungenutzt in einer Zeit verloren, die mehr denn je eine entschluß- und aktionsfähige Reichsregierung erfordert. Überdies ist gestern für den Versuch einer Kabinettsbildung die wesentlichste Voraussetzung: eine Mehrheit, die in sich einzig war über den einzuschlagenden Kurs, über die Stellungnahme zu der Frage, die jetzt zur Entscheidung steht: Annahme oder Ablehnung des Ultimatus. Die Fraktionen haben ihre gestern in den Nachmittagsstunden abgebrochenen Beratungen nicht wieder aufgenommen, sie werden erst heute neuerlich zusammentreten. Dagegen hat der Auswärtige Ausschuss am Nachmittag getagt, nicht vertraulich, sondern — für die ihm angehörnden Abgeordneten — öffentlich. Wieder standen Oberschlesien und das Ultimatum — der enge Zusammenhang zwischen beiden Punkten dieser Tagesordnung wird von niemandem verkannt — zur Erörterung. Es war eine erregte Aussprache, in der die meisten Redner für eine Ablehnung des Ultimatus plädierten, zum Teil von verschiedenen Gesichtspunkten aus. Während die einen die finanzielle Befastung unerträglich fanden, lehnten die andern die einseitigen Veränderungen des Friedensvertrages ab, die in den Bedingungen über die Entwaffnung der Ostfestungen und die Ausdehnung der Besetzung der Rheinlande bis zur Zahlung der letzten Annuität liegen.

Die Parteien ringen noch mit dem Entschluß und erwägen das Für und Wider mit jenen Argumenten, die in der gestrigen Abendausgabe der „Vossischen Zeitung“ ausführlich wiedergegeben worden sind. Innerhalb der Demokraten und der Deutschen

Volkspartei war gestern abend die Mehrheit für die Ablehnung, im Zentrum hielten die Stimmen stundenlang die Waage. Entscheidungen sind aber noch in keiner Fraktion gefallen; die Beratungen der Parteien werden heute fortgesetzt werden. Auch der interfraktionelle Ausschuss der Koalitionsparteien wird heute nochmals zusammentreten.

Im Reichstage war gestern der Ton der Gemüths- und Kombinationen, die zu Diskussionen in der Luft umhergeschwirrt. Man wollte wissen, daß ähnlich wie bei der Abstimmung über den Versailler Friedensvertrag kein Fraktionszwang ausgeübt und die Abstimmung freigegeben werden sollte, daß nach einer neuen Mehrheitskonstellation gesucht werde und so fort. Auch die Möglichkeit, an Stelle eines politisch parlamentarischen Reichskabinetts, dessen Zustandekommen gestern nahezu unmöglich schien, ein Geschäftskabinet aus Beamten zu ernennen, wurde erwogen. Lediglich zur Charakterisierung der ganzen Situation seien diese Kombinationen hier mitgeteilt. Vielleicht bringt der heutige Tag eine Klärung der Meinungen und jenen Willen zum Entschluß, der jetzt die erste Notwendigkeit ist. Als bemerkenswert sei erwähnt, daß im Mittelpunkt der Erörterungen über Annahme oder Ablehnung des Ultimatus gestern die Sorge um das Schicksal Oberschlesiens stand.

Die Frage der Entwaffnung ist gestern der Gegenstand von Besprechungen gewesen, die der bayerische Ministerpräsident Dr. von Kahr mit den parlamentarischen Führern und Mitarbeitern des geschäftsführenden Reichskabinetts hatte. Wie man hört, hat Herr von Kahr seinen intransigenten Standpunkt in der Entwaffnungsfrage nicht geändert, obgleich ihm einige sehr deutliche Wahrheiten darüber gesagt worden sind, welche großen Anteil gerade er und die bayerische Regierung daran haben, daß Deutschland jetzt unmittelbar die Besetzung des Ruhrgebiets droht. Bei den Abgeordneten aus Bayern, so wohl denen der Deutschen Volkspartei wie denen des Zentrums, war gestern — wenigstens zum Teil — ein Umschwung in den Ansichten über die Einwohnerwehren festzustellen. Es ist möglich, daß Herr von Kahr innerhalb der Bayerischen Volkspartei selbst auf eine starke Opposition stoßen wird.

Die nächste Sitzung des Reichstags ist auf Montag nachmittag, 4 Uhr, anberaumt worden mit der Tagesordnung: Aussprache über die Lage in Oberschlesien.